

Entschuldigung lässt weiter auf sich warten

„Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ von Landesregierung enttäuscht / Mit Kundgebung Forderung Nachdruck verleihen

Von Dieter Giese

Stuttgart/Baden-Baden – Eine Schlacht ist verloren, aber ganz aufgeben will die „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ trotz allem noch nicht. Ans Kämpfen sind die Damen und Herren, die sich vor vier Jahren zusammengetan haben, schließlich gewöhnt. Nachdem die erhoffte Rehabilitierung der etwa 2000 vom Radikalenerlass in Baden-Württemberg Betroffenen zum Ende der Legislaturperiode nicht stattfindet, hat die Initiative am Mittwoch, 17. Februar, um 15.30 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Landtag in Stuttgart aufgeru-

fen. Mit auf dem Podium sind der Vorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger, und der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi. Der äußere Anlass ist die letzte Plenarsitzung vor der Landtagswahl. Das Motto der Aktion lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig und ist direkt an die Abgeordneten gerichtet: „Schämt euch“.

Hintergrund

„Damit wollen wir zeigen, dass wir empört sind über den Umgang mit uns und unseren Forderungen und dass wir wei-

termachen werden, auch unter der neuen Landesregierung“, schreibt der Baden-Badener Klaus Lipps. Und der ehemalige Lehrer macht deutlich: „Sie werden uns nicht los.“

Die Wut ist spürbar, klar ist dennoch: Unter Grün-Rot waren die Chancen gut, dass die Initiativgruppe mit ihren Forderungen durchkommt. Immerhin wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem auch Parlamentarier der Grünen und der SPD Platz nahmen. Nach der Landtagswahl kann die Sache wieder deutlich schlechter stehen – und selbst das Angebot von Grün-Rot, die Problematik zunächst

„wissenschaftlich aufzuarbeiten“, kann schnell in Vergessenheit geraten. Dass die Enttäuschung bei der Initiativgruppe um Klaus Lipps groß ist, ist nachvollziehbar, weil sie so viel Hoffnung vor allem in die Grünen gesetzt hatte. Immerhin war der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der einst Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) war, als angehende(r) Gymnasiallehrer selbst vom Radikalenerlass bedroht. Viele Betroffene hätten ihre berufliche Existenz verloren – und einige von ihnen litten heute noch unter den Folgen des Erlasses, der auf Bundes-

kanzler Willy Brandt (SPD) zurückgeht, aber vor allem von unionsregierten Bundesländern regelrecht durchexerziert wurde.

Möglicherweise ein entscheidender Grund für die Zurückhaltung der beiden Regierungsparteien sind die wirtschaftlichen Spätfolgen, die eine offizielle Entschuldigung und eine Rehabilitierung der Betroffenen zeitigen könnte. Aber bestätigen will das niemand in der grün-roten Koalition. Auch nicht, dass die Zögerlichkeit eventuell etwas mit der bevorstehenden Landtagswahl zu tun haben könnte.

Derweil verweisen die bei-

den Grünen Uli Sckerl und Beate Böhlen auf die Erfolgsaussichten einer wissenschaftlichen Aufarbeitung. Nicht ganz so viel Optimismus verbreitet die SPD. Deren Vertreterin am Runden Tisch, die Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid, betonte, es könne keine pauschale Entschuldigung geben. Nicht alle Berufsverbote seien grundfalsch gewesen, sagte Haller-Haid – mit Blick auf Berufsverbote für Rechtsextremisten. Dafür zeigt Lipps (74) kein Verständnis: „Wenn man erst alle 2000 Fälle im Südwesten prüfen will, dann wird man sich nur bei unseren Grabsteinen entschuldigen können.“